

Die Reichen sollen zahlen

Bezahlen sollen diejenigen, die sich an den Finanzexzessen goldene Nasen verdient haben: Finanzkonzerne, Fonds und die Superreichen. Sie drängten darauf, dass ihre Geldmassen immer schneller, höher und riskanter verwertet wurden.

- Anhebung des Spitzensteuersatzes, progressive Besteuerung von Profiten, hohen Einkommen und Vermögen.

In Deutschland leben 800.000 Millionäre, die im Durchschnitt 3,5 Millionen Euro besitzen. Eine „Millionärssteuer“ von fünf Prozent, bei einem Freibetrag von einer Million Euro, würde 100 Milliarden im Jahr einbringen. Wenn zusätzlich die Steuersenkungen der letzten Jahre für Unternehmen und Spitzeneinkommen zurückgenommen werden, dann ist nicht nur das Geld vorhanden, um den Banken aus der Kreditklemme zu helfen, es könnte auch ein dringend erforderliches staatliches Investitionsprogramm aufgelegt werden.

Öffentliche Investitionen für eine Wirtschaft, die den Menschen dient

- Nicht nur Spareinlagen sichern, sondern auch Arbeitsplätze, Löhne, Rente und die sozialen Sicherungssysteme.
- Für eine umweltverträgliche Wirtschaft, die dem Menschen dient, sind öffentliche Investitionen für eine andere Energieversorgung, zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes und Ressourcen-

verbrauchs, in das öffentliche Transportwesen, in kommunale Infrastruktur, Gesundheit, Bildung, .. erforderlich.

Zu diesem Zweck müssen die Milliarden, die auf der Suche nach rentablen Finanzanlagen um den Globus vagabundieren, abgeschöpft werden. Kredite dürfen nur noch für Investitionen in der Realwirtschaft und nicht zum Drehen neuer Spekulationsräder vergeben werden.

Finanzsektor vergesellschaften

Für die Durchsetzung einer alternativen Politik ist die Vergesellschaftung der Banken und Finanzkonzerne erforderlich. Nicht nur der maroden, sondern auch der profitablen. Außerdem: nicht nur verstaatlichen, sondern vergesellschaften, demokratisch kontrollieren! Denn die Ersetzung der Bankmanager durch neoliberale Politbürokraten würde nicht viel ändern, wie am Beispiel der Landesbanken ersichtlich. Sie haben die globale Zockerei munter mitgemacht und die staatlichen Kontrolleure haben das Ganze abgeseget.

Notwendig ist die Kontrolle durch Vertreter aus der Gesellschaft - Kommunen, Mittelstand, Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltverbände, globalisierungskritische Bewegung, Friedensbewegung, „Dritte-Welt“-Gruppen - die von Unten gewählt werden und einer anderen Wirtschaftspolitik verpflichtet sind.

www.dkp-muenchen.de

Ich will mehr Infos über die DKP

Name, Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

eMail:

DKP, c/o KommTreff, Holzapfelstr.3, 80339 München

Das 500 Milliarden Ding

Achtung Bank- überfall

Banken greifen nach dem
Geld der Steuerzahler

Deutsche
Kommunistische
Partei

www.dkp.de

www.european-left.org

EuropeanLEFT

Das 500 Milliarden Ding

Die Banken überfallen die öffentlichen Kassen. Geld her - oder das ganze Finanzwesen bricht zusammen. Mit erpresserischen Mitteln hat ein elitärer Zirkel aus Hochfinanz und staatlicher Finanzbürokratie das Rettungspaket für die Banken durchgepeitscht. Blitzschnell und ohne größere öffentliche Debatte. Mit der unvorstellbaren Summe von 500 Milliarden Euro greift die Regierung den Banken unter die Arme.

Gerettet werden die Vermögen der Reichen. Auf Kosten der Steuerzahler. Sechs Milliarden für den Ausbau der Kindertagesstätten oder sieben Milliarden Euro für eine Anhebung von Arbeitslosengeld II auf 420 Euro sind nicht da. Über eine einprozentige Rentenerhöhung oder die Anhebung des Kindergeldes um 10 Euro wird wochenlang debattiert. Doch wenn es darum geht, die Spekulationsverluste der Banken zu sozialisieren, dann ist das Geld, das für ein humaneres Gesundheitswesen, für armutsfeste Renten oder ein besseres Schulsystem fehlt, über Nacht im Überfluss vorhanden.

Marktfundamentalisten, die noch vor kurzem die Segnungen des deregulierten und liberalisierten Kapitalmarktes gepriesen haben, weil sie damit einen gigantischen Reibach machen konnten, rufen nun lauthals nach der Hilfe des Staates. Allen voran der oberste Vertreter der Finanz-Raffia, Deutschbanker Josef Ackermann, dessen Haus früher erpresserisch die totale „*Entfesselung der Märkte*“ forderte. Nun soll ihn die rettenden Hand des Staates aus dem Finanzsumpf ziehen, weil er nicht mehr an die „Selbstheilungskräfte der Märkte“ glaubt.

„Sozialismus“ der Reichen

Der Brand müsse sofort gelöscht werden, begründete Finanzminister Steinbrück die Eile. Dabei löscht er mit Benzin. Über Staatsanleihen sollen die notwendigen Mittel beschafft werden. Das hat die Deutsche Bank von der Regierung verlangt, „*um dem Markt sichere Anlageinstrumente zu liefern*“. Es dürf-

THE ARCHITECTS OF FINANCE

(Werbeanzeige der HYPO REAL ESTATE)

Nachdem einige Landesbanken kleinere Raubzüge auf die Staatskasse durchgeführt hatten, starteten die „Finanzarchitekten“ der HYPO REAL ESTATE den ersten großen Banküberfall. Über Nacht riss sich die Geldmafia 50 Milliarden Euro unter den Nagel. Für mehr als die Hälfte dieses Betrages bürgt der Steuerzahler. Er bürgt für einen Steuerflüchtling. Die HYPO REAL ESTATE war durch Immobilienspekulationen ihrer Tochter Depfa an den Rand des Zusammenbruchs gebracht worden. Die Depfa war im Jahr 2002 zum Zwecke der Steuerersparnis von Wiesbaden ins Steuerparadies Irland umgezogen.

te nicht allzu schwer werden, das Geld aufzutreiben. Denn die Banken, Fonds, Versicherungen und großen Geldvermögensbesitzer fliehen aus ihren hochspekulativen Geldanlagen und suchen nach sicheren Anlagemöglichkeiten. Sie werden die Staatsanleihen zeichnen. Und dann die Zinsen kassieren. So werden nicht nur die Verluste sozialisiert, sondern auch gleich die privaten Profite für die Zukunft staatlich garantiert.

Die Steuerzahler werden in Haftung genommen. Denn die steigende Staats-

verschuldung werden die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, Rentner, Studenten, .. mit höheren Steuern, Kürzungen bei den Sozialausgaben und Inflation bezahlen.

Die Brandstifter als Feuerwehr

Die Regierung umgibt sich jetzt mit „Experten“, die die Banken retten und eine neue Finanzarchitektur entwerfen sollen. Doch da werden die neoliberalen Böcke zu regulierenden Gärtnern gemacht. Es sind die Gleichen, die die ganze Misere eingebrockt haben. Der oberste Finanzaufseher (Bafin) Jochen Sanio, der Präsident der Bundesbank Axel Weber oder Finanzminister Steinbrück. Sie haben die Gesetze zur Deregulierung der Finanzmärkte durchgepaukt, Hedgefonds und Spekulationsinstrumente zugelassen und das Ganze jeweils als „Stärkung des Finanzplatzes Deutschland“ verkauft.

Oder Josef Ackermann und seinesgleichen. Sie haben mit ihren Vorgaben von 25 und mehr Prozent Eigenkapital-Rendite, mit ihren Hedge- und Investmentfonds, mit ihren ausgelagerten Zweckgesellschaften und ihren Devisen- und Derivatspekulationen das gesamte Finanz-Casino aufgebaut und auf Touren gebracht. Nicht weil sie unfähige oder „gierige“ Banker waren, sondern weil sie den überquellenden Geldreichtum einer kleinen Elite von Reichen zu vermehren suchen. Jetzt sollen ausgerechnet sie einen Ausweg finden.

Die notwendige Korrektur bedarf einer gesellschaftlichen und politischen Kraft außerhalb der dafür verantwortlichen Politik- und Wirtschaftseliten. Diese Kraft kann nur aus den gesellschaftlichen Bewegungen - Gewerkschaften, attac, .. - und der politischen Linken kommen.



DKP 



